

# KARIN ROTH informiert bundestag aktuell



Nr. 34, 11. April 2011

## **Tschernobyl mahnt – Für eine zukunftssichere Energieversorgung**

In diesem Jahr gewinnt der Jahrestag der Reaktor-katastrophe in Tschernobyl (26. April 1986) durch die Ereignisse in Japan auf tragische Weise an Aktualität. Die Katastrophe in der japanischen Atom-anlage Fukushima I hat erneut bewiesen, dass Atomenergie nicht beherrschbar ist. Jetzt geht es darum, Konsequenzen zu ziehen. Es darf keinen erneuten Prozess des Vergessens geben, nicht für Japan und nicht für Tschernobyl. Dies fordert die SPD in ihrem Antrag „Tschernobyl mahnt – Für eine zukunftssichere Energieversorgung ohne Atomkraft und eine lebendige europäische Erinnerungskultur“. Vor 25 Jahren ereignete sich in Tschernobyl die bisher schwerste Reaktorkatastrophe aller Zeiten. Die Folgen des Super-GAU waren und sind noch immer verheerend: Durch die Explosion kam es zur massiven Freisetzung von Radioaktivität. Mehrere Hunderttausend Menschen verloren ihre Heimat. Die Zahl der Toten ist immer noch nicht endgültig ermittelt; Schätzungen reichen bis zu 100.000. Umweltorganisationen und unabhängige Tschernobyl-Experten gehen bei ihren Schätzungen von weit höheren Opferzahlen als die Vereinten Nationen aus.

Eine zukunftsfähige Gesellschaft muss nach den aktuellen Ereignissen in Fukushima zeigen, dass sie lernfähig ist. Es ist vermessen zu glauben, die Natur oder die Atomenergie seien in Deutschland grundsätzlich besser beherrschbar. Die Formel muss lauten: Das „Restrisiko“ einer nuklearen Katastrophe kann, auch mit den höchsten Sicherheitsvorkehrungen, nicht ausgeschlossen werden. Bei der Nutzung der Atomenergie kann es deshalb keine Sicherheit geben. Wir müssen daher so schnell wie möglich und konsequent den Weg in eine sichere und effiziente Energieversorgung ohne Atomkraft auf der Grundlage Erneuerbarer Energien nutzen. Es muss alles daran gesetzt werden, dieses Ziel so schnell wie möglich zu erreichen. Es müssen alle Maßnahmen ergriffen werden, um die Nutzung der Atomkraft noch in diesem Jahrzehnt, möglichst noch vor 2020, zu beenden. Von Deutschland kann der entscheidende Impuls ausgehen, der zeigt, dass eine Industriegesellschaft ohne Atomkraft erfolgreich sein kann.

## **Gesetz zur Lohngleichheit – Frauen verdienen das Gleiche!**

Frauen bekommen in Deutschland durchschnittlich 23 Prozent weniger Lohn als Männer. Die SPD-Fraktion hat im Bundestag einen Antrag vorgelegt, um diese Diskriminierung von Frauen zu beenden. Kernforderung: ein Gesetz zur Durchsetzung von gleichem Lohn für Frauen und Männer. Eine Frau zeigte besonders wenig Interesse an dem Thema: Frauenministerin Schröder (CDU). Bei der Debatte im Bundestag vergangene Woche glänzte sie durch Abwesenheit.

Ungleiche Bezahlung von Frauen und Männern ist ein Skandal. Seit Mitte der 90er Jahre ist der Lohnunterschied auf rund 23 Prozent angewachsen und verharrt nun auf diesem hohen Niveau. Trotz guter Bildungsabschlüsse haben Frauen schlechtere Chancen in der Arbeitswelt. Selbst bei gleicher Qualifikation und gleicher Tätigkeit bekommen Frauen acht bis zwölf Prozent weniger Lohn als ihre männlichen.

Das Problem ist lange bekannt. Doch keine rechtliche Verpflichtung zur gleichen Bezahlung von Frauen und Männern hat daran etwas ändern können. Nicht das Grundgesetz, nicht der EU-Vertrag und auch nicht das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz. Es fehlt also nicht an rechtlichen Ansprüchen. Aber es hapert bei der Durchsetzung. Deshalb will die SPD-Fraktion einen anderen Weg einschlagen. Die Durchsetzung von Entgeltgleichheit soll nicht mehr den Frauen aufgebürdet, sondern zur unternehmerischen und gesellschaftlichen Herausforderung gemacht werden. Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sagen: Es wird höchste Zeit für gesetzliche Maßnahmen, die wirklich helfen. Die von der SPD-Fraktion beschlossenen Eckpunkte für ein so genanntes Entgeltgleichheitsgesetz sehen vor, die Verantwortlichen in den Betrieben verbindlich zum Handeln aufzufordern und gegebenenfalls dazu zu zwingen. Dafür soll das Gesetz mit Pflichten, Fristen und Sanktionen ausgestattet werden. Zivilgesellschaftliche Akteure wie die Tarifvertragsparteien, Betriebs- und Personalräte, Beschäftigte und auch Antidiskriminierungsverbände sollen starke Kontroll- und Einwirkungsrechte erhalten.

Weitere Informationen zu den Themen dieser Ausgabe finden Sie im Internet unter [www.karin-roth.de](http://www.karin-roth.de)

**Karin Roth: Impfen rettet viele Kinderleben**

Anlässlich des Weltgesundheitstages am 07. April 2011 erklärte Karin Roth: Licht und Schatten kennzeichnen die weltweite Situation der Impfung von Kindern. So ist es der Impfstoffinitiative GAVI Alliance seit dem Jahr 2000 gelungen, 288 Millionen Kinder zu impfen und damit rund 5,4 Millionen vorzeitige Todesfälle bei Kindern unter 5 Jahren zu verhindern. Aber noch immer bekommen etwa 24 Millionen Kinder keine Grundimmunisierung durch Impfungen. Die GAVI Alliance ist eine internationale Partnerschaft von Regierungen, Organisationen, Privatspendern, Nichtregierungsorganisationen und Industrie zur Verbesserung der Impfrate, insbesondere bei Kindern. Im Juni wird in London die nächste Auffüllungskonferenz für die GAVI Alliance stattfinden. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert daher die Bundesregierung auf, hier einen substantiellen Beitrag zu leisten und sich an der Finanzierung mit mindestens 30 Mio. Euro jährlich beteiligen. Diese Summe würde auch im internationalen Vergleich unserer Leistungsfähigkeit entsprechen. Bisher liegt das deutsche Engagement in Höhe von 6 Mio. Euro nur

knapp über dem von Luxemburg und damit auf dem vorletzten Rang. Es ist zwar positiv zu beurteilen, dass das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung laut Presse, den Beitrag für die GAVI Alliance deutlich erhöhen will. Allerdings ist die Art und Weise, wie dies zustande kommt, politisch problematisch. Das Ministerium hat am 06. April 2011 mit der „Bill und Melinda Gates Stiftung“, die die GAVI Alliance substantiell unterstützt, ein Memorandum of Understanding (MoU) unterzeichnet, in dem eine engere und verbindlichere Zusammenarbeit zwischen der Stiftung und dem Ministerium verabredet wird. Dieses entwicklungspolitische Selbstverständnis des Ministers ist beschämend für deutsche Regierungspolitik. Statt die Schwerpunkte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit selbst zu setzen, werden diese zunehmend an privaten Spendern oder Unternehmen ausgerichtet. Das Engagement der Gates Stiftung muss anerkannt werden. Doch darf deutsche Politik nicht davon abhängen, zumal die Opposition im Parlament zur Auffüllung von GAVI immer wieder Forderungen erhoben hat.

**Karin Roth zu Gast bei UN-Kommission für Bevölkerung und Entwicklung in New York**

Vom 11. bis 15. April trifft sich in New York die UN-Kommission für Bevölkerung und Entwicklung. Karin Roth, Esslinger SPD-Bundestags-abgeordnete, wird an der Konferenz als Mitglied einer europäischen Parlamentarierdelegation teilnehmen. Karin Roth: „Diese UN-Kommission ist von großer Bedeutung. Hier werden die wesentlichen Entscheidungen getroffen, die die Umsetzung des Kairoer Aktionsprogramms zur Bevölkerungsentwicklung von 1994 betreffen – auch über 2014 hinaus!“

Auf der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo im Jahr 1994 einigten sich 179 Ländern auf ein Aktionsprogramm, um die wirtschaftliche Entwicklung armer Länder, die Gesundheit ihrer Bevölkerung zu fördern und das Weltbevölkerungswachstum zu verlangsamen. Das Programm verpflichtet die Regierungen dazu, weltweit in Sexuaufklärung und Dienstleistungen der reproduktiven Gesundheit zu investieren und jedem Menschen den Zugang zu Aufklärung, Verhütungsmitteln und entsprechender Gesundheitsversorgung zu ermöglichen, darunter auch die Betreuung bei Schwangerschaft und Geburt sowie der Schutz vor sexuell übertragbaren Krankheiten wie Aids. „Ich freue mich sehr, als Vertreterin der SPD-Bundestagsfraktion dazu beitragen zu können, dass die Rechte von Mädchen und jungen Frauen stärker im Fokus der diesjährigen Konferenz stehen!“

**Afghanische Frauenhäuser bleiben unabhängig**

Das afghanische Ministerium für Frauenangelegenheiten hat den auch von der SPD-Bundestagsfraktion kritisierten Gesetzentwurf zur Verstaatlichung der Frauenhäuser zurückgezogen. Stattdessen soll nun ein Ausschuss unter Beteiligung von sieben Ministerien und zwei zivilgesellschaftlichen Organisationen eingerichtet werden, um den künftigen Status der Frauenhäuser in Afghanistan zu bestimmen. Die afghanische Regierung strebt eine staatliche Aufsicht über die Frauenhäuser nicht mehr an. Dies geht aus der Antwort auf die schriftliche Frage von Karin Roth nach den Plänen der afghanischen Regierung in Bezug auf die Gesetzgebung zur Verstaatlichung der Frauenhäuser hervor. Die internationalen Proteste waren erfolgreich. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf, die Arbeit des Ausschusses zu beobachten und im Rahmen ihrer Möglichkeiten darauf zu achten, dass die Frauenhäuser auch in Zukunft ihren Aufgaben gerecht werden können. Positiv ist auch, dass das Gender-Mainstreaming-Projekt, das durch die deutsche Entwicklungszusammenarbeit gefördert wird, neben der Stärkung des afghanischen Frauenministeriums insbesondere auch den Aufbau von Gleichstellungsreferaten in den Ministerien vorgebracht hat. Der Erfolg dieser Maßnahme zeigt sich darin, dass ein erster Entwurf einer „Gender Equality Policy“ vorgelegt wurde.

Dennoch fordert die SPD-Bundestagsfraktion, wie im Antrag Drs. 17/1965 ausgeführt, einen Aktionsplan der Bundesregierung zur Förderung der Frauen in Afghanistan, der klare zeitliche, qualitative und quantitative Zielvorgaben und nachprüfbar Kriterien für dessen Umsetzung enthalten muss.